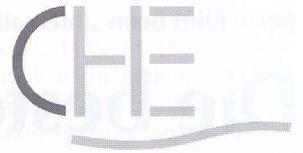


CHE stellte ausländische Erfahrungen mit Studiengebühren zur Diskussion

Hochschulsanierung ohne soziale Selektion



„Das Ende ist nah“, fürchteten die Studenten vor den Toren der Bielefelder Stadthalle. „Es wird höchste Zeit für einen Neuanfang“, argumentierten drinnen im Saal der Geschäftsführer des CHE, Professor Detlef Müller-Böling, und der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Professor Hans-Uwe Erichsen.



Bildung ist ein teures Gut, doch wer soll es bezahlen? Noch können junge Leute in Deutschland zum Nulltarif studieren, obwohl die Hochschulen unter chronischer Finanznot leiden. Die meisten Hörsäle platzen aus allen Nähten, Seminarplätze werden verlost, viele Bibliotheken nur mit dem Nötigsten ausgestattet. Ein Lehrgeld der Lernenden könnte die Krise entschärfen, meinen Befürworter von Studiengebühren. Ausländische Erfahrungen mit diesem Reizthema standen Mitte Mai auf einer Konferenz des CHE - Centrum für Hochschulentwicklung zur Diskussion.

Das Centrum für Hochschulentwicklung wurde 1994 von der Bertelsmann Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz gegründet; Ziel des CHE ist es, Konzepte für mehr Leistungsorientierung und Wettbewerb an den Hochschulen zu entwickeln; Abbau staatlicher Regulierung, Regelung des Studienzugangs und Delegation von Verantwortung heißen einige zentrale Reformvorhaben.

Was nichts kostet, ist auch nichts: Den Umkehrschluß aus dieser Volksweisheit ziehen diejenigen, die für einen Eigenbeitrag der Studierenden eintreten. Was man bezahlt, hat auch Qualität – ist zumindest besser als das derzeitige Gratis-Angebot deutscher Hochschulen, so Professor Hans Weiler. Der Rektor der Europa-Universität in Frankfurt/Oder hat einige Jahre im kalifornischen Stanford gelehrt und stellte bei der CHE-Tagung das amerikanische Bildungssystem vor. „In den öffentlichen Universitäten der USA kommt jede fünfte Mark aus Studiengebühren“, berichtete Weiler den mehr als 200 Zuhörern: „Wer bezahlt, kann dafür ordentliche Leistung erwarten.“ Werbung und Wettbewerb heißen die Spielregeln auf dem heißumkämpften amerikanischen Bildungsmarkt: Billiganbieter offerieren zweijährige Collegestudiengänge schon für einige hundert Mark, an öffentlichen Hochschulen zahlt die Klientel dagegen durchschnittlich 3000 Mark pro Jahr und damit immer noch deutlich weniger als bei der privaten Konkurrenz.

Zinslose Kredite für australische Studenten

Probieren geht über Studieren, sagten sich australische Bildungspolitiker, als sie 1989 die Hochschulgebühren wieder einführten. „Diese Änderung hatte keine abschreckende Wirkung“, versicherte Dr. Bruce Chapman von der Canberra-University: „Die Zahl der Neueinschreibungen hat sich sogar noch leicht erhöht.“ Ursache dafür sind moderate Zahlungsbedingungen. Die Studenten erhalten einen zinslosen Kredit, den sie erst nach dem Start ins Berufsleben und nach Einkommen gestaffelt zurückzahlen. „Ein sozialverträgliches Modell“, warb Professor Detlef Müller-Böling, Geschäftsführer des CHE, für diese Lösung: Hochschulbildung sei eine Mischung aus öffentlichem und privatem Gut. Da jeder Akademiker auch persönlich von seiner Qualifikation profitiere, müsse er bereit sein, einen Eigenanteil der Ausbildungskosten zu übernehmen; allerdings nicht sofort, schränkte Müller-Böling ein und verwies auf das australische Kreditsys-

stem: „Schulabgänger von der Einschreibung abzuschrecken, darf die Devise nicht sein.“

Hilfe für die Hochschulen ohne soziale Selektion – in diesem Ziel war sich die kleine Gruppe demonstrierender Studenten mit den Tagungsteilnehmern einig. Kein gemeinsamer Nenner dagegen bei den Methoden, um diese Vorgabe zu erreichen: Draußen vor der Tür sprach man sich gegen Gebühren in jeder Form aus, drinnen suchte man einen Weg, angehende Akademiker möglichst gerecht zur Kostenverantwortung zu ziehen.

Mehr Autonomie für niederländische Hochschulen

Nicht so wie in Japan jedenfalls: Sowohl die Ausgaben der Hochschulen als auch die Studiengebühren steigen hier kontinuierlich an, der Staat aber hat die eigenen Zuschüsse auf niedrigem Niveau eingefroren. „Unter keinen Umständen dürfen die Beiträge der Studenten im allgemeinen Haushalt untergehen“, warnte Professor Hans-Uwe Erichsen, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK): „Die australische Regierung hat inzwischen per Gesetz geregelt, daß dieses Geld ohne Abzüge in den Lehrbetrieb gesteckt wird.“

In den Niederlanden zahlen Studenten rund 2200 Mark pro Jahr und damit „beinahe den höchsten Preis in Europa“, erläuterte Dr. Ferdinand Mertens vom Wissenschaftsministerium in Den Haag. Im Zuge

einer umfassenden Reform habe man den Universitäten seines Landes neben den Beiträgen der Lernenden auch mehr Autonomie zugestanden.

Schwarzhören in der Schweiz wurde ein beliebtes Delikt, als sich die Studiengebühren vor zwei Jahren auf gut 600 Mark pro Semester verdoppelten: „Damals haben sich zwar reihenweise Karteileichen exmatrikuliert, die nur wegen eines günstigen Krankenkassenbeitrags eingeschrieben waren“, so Professor Hans Schmid von der Uni Zürich. „Offiziell ausgeschieden sind aber auch viele, die weiterhin studieren, doch dafür nicht bezahlen wollten.“ Um den blinden Passagieren auf die Schliche zu kommen, gilt jetzt eine Immatrikulationspflicht, an die mit Ausweiskontrollen erinnert wird.

Anfang Juli will die deutsche Hochschulrektorenkonferenz über ihr neues Finanzkonzept entscheiden, das eine Studiengebühr von 1000 Mark pro Semester vorsieht.

Weitere Informationen:
Prof. Dr. Detlef Müller-Böling
Tel. 0 52 41/81 72 20

Literatur zum Thema:

Hans Joachim Meyer,
Detlef Müller-Böling (Hrsg.)
**Hochschulzugang in
Deutschland**
Status quo und Perspektiven
1996, 123 Seiten, DM 20,-
ISBN 3-89204-218-7